



Digitale Antragsberatung für das 4. Forum Endlagersuche

03.12.2025, 18 Uhr

**Übersicht der Anträge in der
Reihenfolge der Abstimmung**

Antrag

»05 Positionspapier zur Optimierung des Standortauswahlverfahrens«

Übermittelt: 21.11.2025 21:06

Unterstützer:innen: 23

Antragssteller:innen

Stellvertretend für das Forum Endlagersuche:

Elisa Akansu, Andreas Fox, Daniel Lübbert, Jörg Hacker

Der Antrag richtet sich an:

- BMUKN

Antragstext

Das FE bittet das BMUKN zur Optimierung des Standortauswahlverfahrens bzw. der geplanten Gesetzesänderung folgende Fragen zu beantworten:

Gliederung des Verfahrens: Werden Phase II und Phase III neu definiert? Wie wird der Übergang zwischen ihnen gestaltet? Müssen dafür auch die Sicherheitsuntersuchungen neu strukturiert werden? Sind Partizipation und Rechtsschutz dabei gewahrt?

Ausgestaltung der Erkundungsphasen: Wann kann mit Hilfe von modernen Erkundungsmethoden auf das Auffahren von Erkundungsbergwerken verzichtet werden? Wird dadurch „nur“ die Standortfestlegung zügiger, oder auch Genehmigung und Errichtung des Endlagers beschleunigt?

„Zeitfresser“ Betretungs- und Nutzungsrechte: Gibt es rechtliche Möglichkeiten, geringfügige Beeinträchtigungen dulden zu lassen? Können administrative Prozesse im Zusammenhang mit Nutzungsrechten vereinfacht werden?

Verantwortlichkeiten und Behörden: Sollten auch Behördenstrukturen optimiert werden? Wie würde sich eine Zentralisierung der Zuständigkeiten für die Erteilung von Genehmigungen und Erlaubnissen für Erkundungsmaßnahmen auswirken?

Prozessoptimierung und Verfahrensmanagement: Gibt es weitere Möglichkeiten, Prozesse zu parallelisieren oder die Koordination zu verbessern, um zeitaufwändige Vorgänge frühestmöglich starten zu können? Braucht es dazu einen verbindlichen, gemeinsamen Zeitplan aller Akteure? Könnte eine Straffung der Abläufe dadurch erreicht werden, dass der Ressourceneinsatz im Verfahren erhöht/vorgezogen wird?

Antragsbegründung

Das StandAG formuliert drei Hauptziele: Es soll der Standort mit der bestmöglichen Sicherheit gefunden werden. Unzumutbare Lasten für zukünftige Generationen sind zu vermeiden. Das Ergebnis soll von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen und von den Betroffenen toleriert werden können. Damit hat der Gesetzgeber aus den Misserfolgen vergangener Jahrzehnte gelernt.

1) Am Ziel, den Standort mit der bestmöglichen Sicherheit im Rahmen des partizipativen, wissenschaftsbasierten, transparenten, selbsthinterfragenden und lernenden Verfahrens zu finden, halten wir fest.

2) Die Sicherheit bleibt leitend für das Standortauswahlverfahren. Entscheidungen müssen sicherheitsgerichtet und im vergleichenden (komparativen) Vorgehen getroffen werden.

3) Der Grundsatz der Reversibilität und die Anforderungen der Rückholbarkeit bzw.

Bergbarkeit dürfen nicht aufgegeben werden.

4) Wir begrüßen die Suche nach Optimierungsmöglichkeiten für das Standortauswahlverfahren. Eine zügige Festlegung des Standorts für das Endlager für hochradioaktive Abfälle ist wünschenswert. Die oben genannten Grundsätze sind dabei immer zu berücksichtigen.

5) Bei der Optimierung dürfen insbesondere Beteiligung und Rechtsschutz im StandAG nicht beschnitten werden. Hohe Transparenz bleibt Voraussetzung für Vertrauensaufbau und gelingende Partizipation.

6) Die Standortauswahl braucht einen stabilen Rechtsrahmen, soll aber nach StandAG lernend verlaufen. Optimierungen bleiben möglich und erwünscht.

Gruppe der Antragsteller:in

- Bürger:in
-

Antrag

»11 Öffentliche Diskussion und wirksame Beteiligung bei Novellierung des StandAG«

Übermittelt: 22.11.2025 14:04

Unterstützer:innen: 18

Antragssteller:innen

Elisa Akansu, Andreas Fox, Daniel Lübbert, Jörg Hacker

Der Antrag richtet sich an:

- BMUKN

Antragstext

Das BMUKN strebt eine Überarbeitung und Anpassung des Standortauswahlgesetzes (StandAG) an. Diese Überarbeitung muss öffentlich diskutiert werden. Dabei sollten die Vor- und Nachteile, Wirkungen und Nebenwirkungen aller geplanten Änderungen transparent dargestellt und öffentlich abgewogen werden. Daher fordern wir eine Beteiligung am Überarbeitungsprozess im Rahmen öffentlicher Workshops im ersten Quartal 2026 mit der interessierten Öffentlichkeit und Verbänden. Dabei wäre mindestens ein ganztägiger Präsenz-Workshop wünschenswert.

Antragsbegründung

Das StandAG ist Ergebnis eines gesellschaftlich errungenen Grundkonsenses, gewachsen aus den Erfahrungen der konfliktbelasteten Geschichte der Atommüllpolitik. Es beruht auf der Verpflichtung, einen Standort mit der bestmöglichen Sicherheit zu finden - getragen von Wissenschaftlichkeit, Transparenz und früher, verbindlicher Beteiligung.

Eine Anpassung des Gesetzes kann nur gelingen, wenn diese Grundprinzipien uneingeschränkt gewahrt bleiben. Änderungen dürfen weder die Sicherheitsprinzipien noch die Beteiligungsrechte schwächen. Damit eine Überarbeitung nicht hinter diese Prinzipien zurückfällt, sondern ihnen selbst gerecht wird, braucht jede Novellierung des StandAG eine wirksame Beteiligung, bevor politische Entscheidungen getroffen werden.

Gruppe der Antragsteller:in

- Vertreter:in gesellschaftliche Organisation
-

Antrag

»09 Öffentliche Befassung mit Techniken und Zweck der untertägigen Erkundung«

Übermittelt: 22.11.2025 10:16

Unterstützer:innen: 21

Antragssteller:innen

Eva Bayreuther, Bettina Gäbel

Der Antrag richtet sich an:

- BGE
- BASE
- PFE

Antragstext

Das Forum Endlagersuche fordert eine öffentliche Befassung mit Techniken und Zweck der untertägigen Erkundung, zusammen mit der BGE, Abteilung A und F des BASE, ggf. der BGR und anderen.

Dies könnte z.B. in einem öffentlichen Workshop oder einer öffentlichen Sitzung des PFE geschehen. Diese Veranstaltung sollte mindestens folgende Punkte behandeln :

- Welche Formen der unterirdischen Erkundung gibt es (zielgerichtete Bohrungen, Bergwerke, etc?) und welche zeitlichen Perspektiven haben sie? (z.B. Bauzeit, Genehmigung, etc.)
- Sollten Bergwerke aufgefahren werden müssen, können sie nach den Erkundungsarbeiten einem sinnvollen Zweck zugeführt oder ausgebaut werden? (z.B. Untertagelabore, baulicher Bestandteil des künftigen Endlagers in Form von Zugangsbauwerken, Luftschächten, etc.)
- Sind Untertagelabore in Deutschland nötig und sinnvoll und gibt es Unterschiede bei den Wirtsgesteinen?
- Welche Kriterien müssen die Ergebnisse der oberirdischen Erkundung erfüllen, damit auf die unterirdische Erkundung verzichtet werden kann?
- Welcher technologische Fortschritt ist bei den Techniken der oberirdischen Erkundung passiert oder noch zu erwarten?

Antragsbegründung

Das Standortauswahlverfahren ist unter anderem als lernendes und partizipatives Verfahren angelegt. Lernen bedeutet hier jedoch nicht nur Weiterentwicklung, sondern auch Verstehen. Das BMUKN wird bis zum Ende diesen Jahres einen Referentenentwurf zur Optimierung des StandAG vorlegen, der eine unterirdische Erkundung als optional vorsieht. Um sich als Öffentlichkeit eine fundierte Meinung zu den Folgen und der realen Zeitersparnis des Vorschlags bilden zu können, ist ein tieferes Verständnis von Verfahren der unterirdischen Erkundung notwendig.

Gruppe der Antragsteller:in

- Vertreter:in kommunale Gebietskörperschaft

Antrag

»15 Offenlegung weiterer BGE-Prüfkriterien und -definitionen«

Übermittelt: 22.11.2025 16:27

Unterstützer:innen: 18

Antragssteller:innen

Andreas Fox, Daniel Lübbert

Der Antrag richtet sich an:

- BGE

Antragstext

Die BGE soll über neue und weiter entwickelte Prüfkriterien und -definitionen der BGE, die im Rahmen der rvSU-Prüfschritte zur weiteren Eingrenzung angewandt werden, zwei Monate vor der nächsten Veröffentlichung von Arbeitsständen informieren.

Antragsbegründung

Neue Arbeitsstände sind besser nachzuvollziehen, wenn Weiterentwicklungen der zugrundeliegenden Methodik vorab bekannt sind.

Gruppe der Antragsteller:in

- Vertreter:in gesellschaftliche Organisation
-

:

Antrag

»03 Offene Fragen zur Durchführung der Strategischen Umweltprüfungen (SUP) zeitnah und transparent mit der Öffentlichkeit klären.«

Übermittelt: 21.11.2025 19:09

Unterstützer:innen: 24

Antragssteller:innen

Anton Köller, Daniel Lübbert, Asta Haberbosch

Der Antrag richtet sich an:

- BASE
- BMUKN
- PFE

Antragstext

Das BASE wird gebeten, die Durchführung der Umweltprüfungen im Kontext des Standortauswahlverfahrens – zuerst die SUP am Ende der Phase I – rechtzeitig vorzubereiten und frühzeitig anzustoßen. Dabei gilt es, unter Einbeziehung der Öffentlichkeit offene Fragen zur Vorgehensweise bei der Durchführung der SUP transparent zu klären. Das BASE wird aufgefordert, einen Prozess anzustoßen, bei dem diese Punkte gemeinsam mit der Öffentlichkeit diskutiert werden können.

Zu den offenen Fragen zählen insbesondere:

- Was ist der Prüfgegenstand, d.h. was genau wird geprüft? Steht dabei der Prozess der Auswahl oder eher sein (Zwischen-)Ergebnis im Fokus?
- Was zählt zu den geprüften Auswirkungen auf Mensch und Umwelt (Auswirkungen an der Oberfläche oder auch im Untergrund)?
- Wie breit wird der Rahmen für die notwendige Alternativen-Prüfung gesteckt? Welche möglichen Alternativen werden in die Prüfung einbezogen?
- Welche Prüfungsschwerpunkte werden für die erste SUP im Gegensatz zur zweiten SUP gesetzt?
- Wie können Dopplungen, Redundanzen, Mehrfacharbeit zwischen Umweltprüfung und Sicherheitsuntersuchung bzw. Eingrenzungs-Schritten nach StandAG vermieden werden?
- Inwiefern können SUP und die Bearbeitung der planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien (planWK) parallelisiert werden?

Eine frühzeitige Klärung solcher Fragen zählt zur guten fachlichen Praxis und kann auch helfen, Prozesse vorausschauend zu verzahnen und so unnötige Verzögerungen im Standortauswahlverfahren zu vermeiden

Antragsbegründung

Das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) schreibt die Durchführung von SUP im Rahmen des Standortauswahlverfahrens vor: Anlage 5 des UVPG erklärt die Festlegungen der Standorte zur über- und zur untertägigen Erkundung für SUP-pflichtig. Das Ziel der SUP ist es, eine nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten, indem Auswirkungen auf Mensch, Tier und Umwelt frühzeitig identifiziert und anschließend vermieden, vermindert oder ausgeglichen werden. Wenn die Ausgestaltung einer SUP sich an bewährten fachlichen Gütekriterien orientiert, kann sie dazu beitragen, die Transparenz des zu prüfenden Verfahrens zu erhöhen und dessen Legitimität zu steigern. Darüber

hinaus muss im Rahmen der SUP eine Öffentlichkeitsbeteiligung stattfinden, welche bereits durch die Endlagerkommission als eine der „relevanten Grundformen der Öffentlichkeitsbeteiligung im Standortauswahlverfahren“ beschrieben wurde. Somit bietet die Durchführung einer guten und effektiven SUP wertvolle Potentiale für das Standortauswahlverfahren.

Zuletzt war die Durchführung der SUP Gegenstand einer Abendveranstaltung bei den Forumstagen 2025. Dabei wurde erneut deutlich, dass die Durchführung einer guten SUP viele Herausforderungen mit sich bringt. Auch ist nach wie vor offen, wie die SUP sinnvoll in das Standortauswahlverfahren eingebettet werden kann, damit es keine unverhältnismäßigen Mehraufwände und weitere Zeitverzögerungen verursacht.

Gruppe der Antragsteller:in

- Vertreter:in junge Generation (U35)
-

Antrag

»06 Öffentliche Diskussion und wirksame Beteiligung zu Verfahrensarchitektur und Scoping«

Übermittelt: 21.11.2025 21:47

Unterstützer:innen: 22

Antragssteller:innen

Elisa Akansu, Janine Hauer, Daniel Lübbert, Eva Bayreuther

Der Antrag richtet sich an:

- BASE
- BMUKN

Antragstext

Die vom BASE, Abteilung Aufsicht, beim 4. Forum Endlagersuche am 21.11.2025 vorgestellte „Verfahrensarchitektur“ soll noch einmal einer öffentlichen Debatte und intensiver Diskussion ihrer Vor- und Nachteile, Hintergründe und Beweggründe unterzogen werden, bevor sie zur Anwendung kommt. Dabei soll insbesondere offengelegt werden, welche darin enthaltenen Entscheidungen auf gesetzliche Vorgaben zurückgehen, und welche vom BASE selbst getroffen wurden. Dies kann z. B. im Rahmen einer öffentlichen PFE-Sitzung im Frühjahr 2026 geschehen.

Zudem soll das BASE die Öffentlichkeit auch in die Durchführung der Umweltprüfungen frühzeitig und intensiv einbeziehen. Selbst wenn dies nach Gesetzeslage nicht zwingend erforderlich wäre, ist die gesamte interessierte Öffentlichkeit bereits zum Scoping-Termin zuzulassen und in seine Vorbereitung einzubinden. Später ist z. B. auch der Umweltbericht mit der breiten Öffentlichkeit zu diskutieren.

(Dieser Antrag ergänzt und erweitert den Antrag zu offenen Fragen bezüglich der Strategischen Umweltprüfung)

Antragsbegründung

Gruppe der Antragsteller:in

- Wissenschaftler:in
-

Antrag

»10 Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Festlegung der Rahmenbedingungen für die Regionalkonferenzen«

Übermittelt: 22.11.2025 14:31

Unterstützer:innen: 20

Antragssteller:innen

Eva Bayreuther

Der Antrag richtet sich an:

- BASE
- BMUKN

Antragstext

Das Forum Endlagersuche begrüßt die grundsätzliche Bereitschaft des BASE, die Öffentlichkeit in der Vorbereitung der Regionalkonferenzen mit einzubeziehen. Das FE fordert, dass dies insbesondere bei der Festlegung der Rahmenbedingungen für die Regionalkonferenzen umgesetzt wird und die Öffentlichkeit die Chance bekommt, ihre Perspektive mit einzubringen. Die Rahmenbedingungen werden zeitnah gesetzt werden müssen, damit die ersten Vollversammlungen zügig nach bekanntwerden des Standortregionenvorschlags einberufen werden können. Rahmenbedingungen sind beispielsweise Ausschreibungen, Haushaltsplanungen, u.ä.

Antragsbegründung

Dieser Antrag geht unter anderem auf die Diskussion in der Arbeitsgruppe 2.4. auf dem Forum 2025 zurück. Damit die Regionalkonferenzen erfolgreich anlaufen können, müssen die Vorbereitungsarbeiten von den Regionen akzeptiert werden können. Eine Perspektive aus der Öffentlichkeit ist deshalb unabdingbar, insbesondere, da die Standortregionen selbst noch nicht bekannt sind und nicht für sich selbst sprechen können. Das BMUKN hat bei diesem Forum und auch schon im Jahr davor ein Statement gesetzt, dass eine frühe Einbeziehung selbst bei einer Novellierung eines Gesetzes möglich ist.

Gruppe der Antragsteller:in

- Vertreter:in kommunale Gebietskörperschaft
-

Antrag

»04 Start der Regionalkonferenzen«

Übermittelt: 21.11.2025 19:25

Unterstützer:innen: 28

Antragssteller:innen

Bettina Gaebel, Asta von Oppen, Andreas Fox, Maximilian Hipp

Der Antrag richtet sich an:

- BASE
- BMUKN
- PFE

Antragstext

Für einen gelingenden Start der Regionalkonferenzen bedarf es eines partizipativen Prozesses bis Mitte 2027, der externe Experten, PFE, NBG sowie die interessierte Öffentlichkeit einbezieht und zur Klärung folgender Themen beiträgt:

- Entwicklung des Handbuches sowie der Muster-GO
- Festlegung von Rahmendaten zu Organisation, Finanzierung und Ausstattung von Regionalkonferenzen und ihrer Geschäftsstellen
- Erarbeitung der technischen und organisatorischen Voraussetzungen für die Zusammenarbeit innerhalb jeder Standortregion.
- Definition von Handlungsfähigkeit der Regionalkonferenz, um Verfahrensgerechtigkeit zu sichern und Zeitverluste zu vermeiden.
- Einrichtung einer Plattform und eines Beteiligungsformats für den überregionalen Austausch
- Die Einrichtung eines Expertenpools für die Regionalkonferenzen.

Antragsbegründung

Gute Startbedingungen der Regionalkonferenzen tragen zur Optimierung des Standortauswahlverfahrens bei. Dafür braucht es die Klärung der o.g. Themen. Die potentiellen Standortregionen müssen sich möglichst früh darüber informieren können, welche Rahmenbedingungen sie im weiteren Prozess haben.

Nach überregionalen und regionalen Auftaktveranstaltungen finden die jeweiligen ersten Vollversammlungen mit Wahl der Vertreter für die Vertretungskreise statt.

Nach Feststellung der Handlungsfähigkeit setzt die 6-Monatsfrist zur Erteilung von Nachprüfaufträgen ein. Um die Verfahrensgerechtigkeit für die unterschiedlichen Standortregionen zu gewährleisten, müssen auch die zeitlichen Abläufe vereinbart werden. Ein notwendiges bundesweites, regionsübergreifendes Vernetzungs- und Diskussionsformat ist auszuhandeln.

Gruppe der Antragsteller:in

- Bürger:in
-

Antrag

»08 Unabhängiger Expertenpool«

Übermittelt: 22.11.2025 09:15

Unterstützer:innen: 23

Antragssteller:innen

Ralf Hasford

Der Antrag richtet sich an:

- NBG
- PFE

Antragstext

Antrag zum Aufbau eines unabhängigen Expertenpools für Regionalkonferenzen und Rat der Regionen

Das Forum Endlagersuche empfiehlt, zur Umsetzung der in § 10 StandAG verankerten Selbstorganisations- und Beteiligungsaufgaben einen unabhängigen Expertenpool aufzubauen, und schlägt vor, dass dieser von den Mitglieder des Nationalen Begleitgremium (NBG) berufen wird.

Der Expertenpool dient ausschließlich den Regionalkonferenzen und dem Rat der Regionen, um Wissensasymmetrien auszugleichen, kurzfristig handlungs- und aussagefähig zu sein um fachlich abgesicherte Stellungnahmen sowie Entscheidungen zu ermöglichen. Die Expertise soll u. a. Geologie, Sozioökonomie, Kommunikation, Moderation, Konfliktlösung und Recht umfassen. Einheitliche transparente Anforderungs-, Einsatz- und Vergütungsregelungen sind dabei noch zu erstellen. Der Aufbau des Pools sollte zeitnah beginnen, damit die beteiligten Regionen von Beginn an profitieren können. Der Expertenpool stärkt Transparenz, Handlungsfähigkeit und die fachliche Qualität der regionalen Beteiligung – im Sinne der gesetzlichen Vorgaben, ohne den Rahmen des StandAG zu verändern.

Antragsbegründung

Ohne unabhängige Fachunterstützung können Regionalkonferenzen ihrer Rolle als kritisch begleitendes Beteiligungsgremium nur eingeschränkt gerecht werden.

Die Regionalkonferenzen stehen hochspezialisierten Fachbehörden gegenüber und geraten dadurch in eine strukturelle Wissensunterlegenheit, die zu Verunsicherung und Vertrauensverlust führt. Gleichzeitig stehen sie in einer Bringeschuld gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ihrer Region.

Ein vom NBG berufener Expertenpool schafft Augenhöhe, stärkt die Unabhängigkeit und beschleunigt die zur Akzeptanz der Regionalkonferenz notwendigen Handlungsfähigkeiten.

Die Berufung durch das NBG garantiert Neutralität, Glaubwürdigkeit und fachliche Qualität des Expertenpools. Damit können Regionalkonferenzen fundiert arbeiten, ihre Stellungnahmen gezielt vorbereiten und ihre Aufgaben gemäß § 10 StandAG wirksam ausüben.

Der Expertenpool fördert Vertrauen, Professionalität und die Stabilität des Verfahrens – zentrale Faktoren für eine lernende, wissenschaftsbasierte Endlagersuche.

Gruppe der Antragsteller:in

- Bürger:in
-

Antrag

»14 Nachprüfaufträge konstruktiv begleiten und wertschätzend behandeln«

Übermittelt: 22.11.2025 14:53

Unterstützer:innen: 16

Antragssteller:innen

Stellvertretend für die Teilnehmer der AG 2.3 beim 4. Forum Endlagersuche:

Anton Köller, Daniel Lübbert, Maximilian Hipp

Der Antrag richtet sich an:

- BASE

Antragstext

Das BASE wird gebeten, alles dafür zu tun, dass die Nachprüfaufträge zu dem werden, was der Gesetzgeber vorgesehen hat: eine „starke Einflussmöglichkeit der Betroffenen“ (BT-Drs. 18/11398, S.56). Das Bundesamt wird angehalten, die Regionalkonferenzen frühzeitig und systematisch in die Lage zu versetzen, dieses Instrument zu nutzen. Insbesondere soll es alle Nachprüfaufträge, die von den Regionalkonferenzen gestellt werden, beantworten und in einem umfassenden kommunikativen Prozess zum weiteren Umgang mit den Eingaben Stellung beziehen. Insbesondere auch wenn der Nachprüfauftrag keinen zu behebenden Mangel beanstandet, soll sichergestellt werden, dass er eine erkennbare substanzielle Wirkung im weiteren Prozess der Endlagersuche entfalten kann. Die Behandlung der Nachprüfaufträge darf sich dabei nicht ausschließlich auf juristische Fragen beschränken.

Antragsbegründung

Der Nachprüfauftrag stellt ein wesentliches Beteiligungselement zu Beginn der Regionalkonferenzen dar. Eine gelungene Kommunikation in Bezug auf die Behandlung der gestellten Anträge ist entscheidend, um die Wirksamkeit der Arbeit der Regionalkonferenzen deutlich zu machen. Insbesondere, wenn der Nachprüfauftrag keinen für das weitere Verfahren entscheidenden Mangel beanstandet, ist es wichtig, dass die Eingaben der Regionalkonferenz in die Arbeit des BASE Eingang finden und dies auch gegenüber den Regionalkonferenzen deutlich und wertschätzend kommuniziert wird.

Gruppe der Antragsteller:in

- Bürger:in
-

Antrag
»07 Digitale Beteiligungsplattform«

Übermittelt: 22.11.2025 08:00
Unterstützer:innen: 23

Antragssteller:innen
Ralf Hasford

Der Antrag richtet sich an:

- BASE
- PFE

Antragstext

Antrag zur Stärkung der Transparenz und Beteiligungsfähigkeit in den Regionalkonferenzen

Das Forum Endlagersuche empfiehlt, zur Umsetzung der in § 5 und § 10 StandAG festgelegten Informations-, Transparenz- und Selbstorganisationspflichten eine bundesweit einheitliche digitale Beteiligungsplattform einzurichten, die über die Regionen hinweg Sichtbarkeit garantiert.

Die Plattform soll Regionalkonferenzen und später auch dem Rat der Regionen ermöglichen, Informationen verständlich aufzubereiten, Stellungnahmen effizient einzuholen und Ergebnisse sowie alle Verfahrensschritte transparent nachzuverfolgen. Darüber hinaus soll sie die niedrighschwellige Einbindung der Öffentlichkeit fördern – von Information über Rückfragen bis hin zu Beteiligungsformaten wie Meinungsbilder, Kommentierungen oder Abstimmungen.

Eine solche Plattform schafft Verfahrensklarheit, erleichtert die Arbeit der Beteiligungsgremien und stärkt das Vertrauen in das Standortauswahlverfahren, ohne den gesetzlichen Rahmen zu verändern.

Antragsbegründung

Regionalkonferenzen tragen gemäß § 10 StandAG Verantwortung für Information, Selbstorganisation und Stellungnahmen. Ohne moderne digitale Werkzeuge geraten sie jedoch in strukturelle Unterlegenheit gegenüber Fachbehörden. Dies führt zu Verzögerungen, Unsicherheiten und sinkendem Vertrauen.

Eine bundesweit einheitliche digitale Plattform reduziert Komplexität, schafft Transparenz und ermöglicht der Öffentlichkeit eine niedrighschwellige Teilnahme. Dokumente, Stellungnahmen, Rückmeldungen und Entscheidungen werden nachvollziehbar und in Echtzeit einsehbar. Dies entspricht direkt den Anforderungen des § 5 StandAG, der eine kontinuierliche, transparente Information der Öffentlichkeit verlangt.

Die Plattform stärkt die Wirksamkeit der Beteiligung, die fachliche Augenhöhe und die Vertrauensbildung – zentrale Voraussetzungen für ein lernendes, wissenschaftsbasiertes Verfahren.

Beide Instrumente erhöhen die Wirksamkeit der Beteiligung, sichern fachliche Augenhöhe und fördern die Vertrauensbildung – zentrale Voraussetzungen für ein lernendes, wissenschaftsbasiertes Verfahren.

Gruppe der Antragsteller:in

- Bürger:in
-

Antrag

»01 Langzeitdokumentation § 38 StandAG«

Übermittelt 19.11.2025 16:42

Unterstützer:innen: 29

Antragssteller:innen

Asta von Oppen

Der Antrag richtet sich an:

- BMUKN

Antragstext

Die noch immer fehlende Rechtsverordnung zu § 38 soll zeitnah diskutiert und verabschiedet werden. Wir erwarten, dass der Entwurf auch mit der interessierten Öffentlichkeit erörtert wird.

Antragsbegründung

Begründung

Aufgrund der generationenübergreifenden Dauer des Standortauswahlverfahrens kommt der in § 38 StandAG festgelegten dauerhaften Speicherung von Daten und Dokumenten, die für die End- und Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle bedeutsam sind oder werden könnten eine besondere Rolle zu. (siehe dazu auch das an das BMUKN gerichtete Schreiben des NBGs vom 14.11.2025)*

Es besteht dringender Handlungsbedarf. Seit der Verabschiedung des StandAGs und der Beauftragung des BMUKN den Inhalt zu bestimmen sind inzwischen 8 Jahre vergangen, Das PFE hält u.a. die Ergebnisse der Fachkonferenz und des Endlagerforums für „bedeutsam“ im Sinne des § 38 und fordert deshalb, auch sie dauerhaft zu speichern. Für die interessierte Öffentlichkeit sind insb. Regelungen zur Zugänglichkeit von Bedeutung, die möglichst umfassend zu ermöglichen sind.

*https://www.nationales-begleitgremium.de/SharedDocs/Downloads/DE/Downloads_Korrespondenz/NBG-Schreiben_BMUKN_Langzeitdoku_14_11_2025.html

Gruppe der Antragsteller:in

- Vertreter:in kommunale Gebietskörperschaft
-

Antrag

»02 Unterstützung von benannten Standortregionen«

Übermittelt 21.11.2025 18:06

Unterstützer:innen: 32

Antragssteller:innen

Andreas Fox, Bettina Gaebel, Asta von Oppen

Der Antrag richtet sich an:

- BASE
- BMUKN
- NBG

Antragstext

Für die im Standortregionenvorschlag benannten Regionen sollen Mittel bereitgestellt werden, um Nachteile auszugleichen, die allein schon durch die mögliche Benennung als Endlagerstandort entstehen. Dadurch sollen die Regionen in den Jahren nach dem Standortregionenvorschlag bei ihrer Stadt- und Regionalplanung und in ihrer Entwicklung unterstützt werden

Antragsbegründung

Nach StandAG erhalten die Regionalkonferenzen in Phase II „Gelegenheit zur Stellungnahme bei der Erarbeitung der sozioökonomischen Potentialanalysen“. Damit ist ein gemeinsamer Prozess umrissen, der auf eine mögliche spätere Zukunft abzielt.

Schon nach dem Standortregionenvorschlag und in Phase II werden die Gemeinden, Städte und Landkreise in den Standortregionen ihre Planungen zur regionalen und örtlichen Entwicklung absehbar über sieben bis zehn und mehr Jahre hinweg nur unter Vorbehalt durchführen können. Daher ist auch für die dann aktuelle Wirtschaftsförderung, Umsetzung und Modifizierung von Regional- und Stadtentwicklungskonzepten (verbindlich z.B. für Förderprogramme) Unterstützung angebracht.

Gruppe der Antragsteller:in

- Vertreter:in kommunale Gebietskörperschaft
-

Antrag

»13 Szenariengestützte Demonstration der Auswirkung eines Standortregionenvorschlags auf regionale Entwicklungen«

Übermittelt 22.11.2025 16:24

Unterstützer:innen: 16

Antragssteller:innen

Dr. Anne-Dore Uthe

Der Antrag richtet sich an:

- BGE
- BASE
- BMUKN

Antragstext

Im Kontext des Standortregionenvorschlags wird beantragt, dass bis zum nächsten FE die regionalen und wirtschaftlichen Auswirkungen in fiktiven Standortregionen sowohl in der Erkundungsphase als auch in der Bauphase auf Basis von Modellszenarien aufgezeigt und damit positive und negative Impulse nachvollziehbar für die EinwohnerInnen und VertreterInnen in den Reg.Konferenzen demonstriert werden können. In den Szenarien sollten Anforderungen und Auswirkungen z.B. an Flächenbedarfe /-nutzung, Verkehrsinfrastruktur, Arbeitsplätze/Industrieanteil, Einwohnerentwicklung einer Region bis hin zu den Auswirkungen in der Umsetzung der Sicherheitsvorschriften nach Paragraph 21 modelliert werden.

Antragsbegründung

Diese Szenarien sollen zur Vorbereitung und als Diskussionsgrundlage in den Regionalkonferenzen dienen

Gruppe der Antragsteller:in

- Wissenschaftler:in
-